

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Gernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Reichen.

Postkonto: Dresden 100
Circulose Riesa Nr. 32.

N. 293.

Freitag, 18. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Voten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Nebenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Wulstlauf, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nach dem Scheitern der Großen Koalition.

Die Regierungskreise im Reich sind wieder einmal auf einem Höhepunkt angelangt, wo die maßgebenden parlamentarischen Kreise ihre letzten Mittel erschöpfen sehen, um zu einer Klärung der parlamentarischen Situation zu gelangen. Die Tatsache, daß die Große Koalition endgültig gescheitert ist, und daß der demokratische Parteiführer Dr. Koch am Donnerstag mittig sich genötigt sah, dem Reichspräsidenten von Hindenburg den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückzugeben, ist keineswegs überraschend gekommen, denn die unterrichteten Stellen haben von vornherein damit gerechnet, daß Dr. Koch nicht zu einem positiven Ergebnis gelangen würde. Ueberwiegend ist lediglich der Umstand, daß die Sozialdemokratie allein die Verantwortung für das Scheitern der Großen Koalition auf sich geladen hat, und daß sie die Initiative dazu ergreift, durch ihre Haltung die Verhandlungen in einem Augenblick zum Abbruch zu bringen, wo die Demokraten sich der letzten Hoffnung hinzugeben hätten, die Voraussetzungen für eine Verständigung schaffen zu können. Die Anhänger der Großen Koalition im Lager des Zentrums und der Demokraten sind somit durch die Sozialdemokratie sehr enttäuscht desabgewirrt worden, und die Deutsche Volkspartei, die von vornherein wenig Hoffnung setzte, gemeinsam mit der Sozialdemokratie in die Reichsregierung zu gehen, kann jetzt erklären, daß ihr ablehnender Standpunkt gerechtfertigt gewesen wäre.

Soweit man die Situation jetzt übersehen kann, wird es vorläufig nicht möglich sein, neue Verhandlungen über die Regierungsbildung in Aussicht zu bringen. Nach unseren Informationen sind die Parteien fast ausschließlich die Regierungsbildung auf kurze Zeit zu verlangen, um den parlamentarischen Führern Gelegenheit zu geben, die abgerufenen Fäden wieder anzuknüpfen und neue Orientierungen in Aussicht zu bringen. Die Erklärung, die die Sozialdemokratie nach dem Scheitern der Großen Koalition durch den Abgeordneten Müller-Prentan abgegeben ließ, läßt im übrigen darauf schließen, daß die Sozialdemokratie bemüht ist, sich ihre politische Handlungsfreiheit zu sichern, und daß ihr dabei das vorläufige Wenden des mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei außerhalb der Regierung zu stehen. Damit ist die Frage offen gelassen, inwieweit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion es für zweckmäßig halten wird, die kommende Reichsregierung durch Neutralität von Fall zu Fall zu unterstützen. Die man aus maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen erfährt, ist eine scharf getragene Oppositionsstellung der Partei gegenüber einem neuen bürgerlichen Kabinett schon deswegen nicht zu erwarten, weil die Sozialdemokratie sich nicht der Ansicht verschließen kann, daß es diesmal in ihrer Hand gelegen hätte, selbst in die Regierung einzutreten. Wenn die bürgerlichen Parteien jetzt eine neue Regierung bilden sollten, die sowohl in ihrer Zusammenstellung als auch in den charakteristischsten Stellen ihres Regierungsprogramms den inner- und außenpolitischen Notwendigkeiten Rechnung trägt, so würde die Sozialdemokratie eine sehr gemäßigte Oppositionsstellung einnehmen und ein solches Kabinett nicht in parlamentarische Schwierigkeiten führen. Auch bei den Deutschen Nationalen macht sich das Bestreben bemerkbar, an der Lösung der bevorstehenden Aufgaben positiv mitzuarbeiten und die sachliche Opposition nicht zu überspannen. Aus diesem Grunde kann man der nächsten Entwicklung mit einiger Beruhigung entgegensehen, zumal durch das Scheitern der Großen Koalition und durch die Bemühungen des demokratischen Parteiführers Dr. Koch, wie ausdrücklich Reichspräsident von Hindenburg hervorgehoben, wenigstens eine Klärung der Lage eingetreten ist.

Vorläufig keine neuen Regierungsverhandlungen.

Berlin. Wie wir hören, wird Reichspräsident von Hindenburg nach der neuen Fällungsannahme mit den Parteien nunmehr zu dem Beschluß kommen, die Bemühungen zur Neubildung des Reichskabinetts auf kurze Zeit auszusparen. Ueber die parlamentarische Grundlage und über die Zusammensetzung einer neuen Regierung wird man sich erst dann schlüssig werden können, wenn in der Zwischenzeit der Boden für neue Verhandlungen unter den Parteien vorbereitet worden ist. Man rechnet daher mit der Möglichkeit, daß die entscheidenden Verhandlungen nicht vor Anfang Januar kommenden Jahres stattfinden können.

Maßnahmen für die belebten Gebiete.

Berlin. Der Reichstagsausschuß für die belebten Gebiete beschloß am Donnerstag, für eine teilweise Erstattung der Fahrkosten bei Eisenbahnfahrten der etwa 9000 Arbeitskräfte einzutreten, die im belebten Gebiet wohnen, aber im Saargebiet ihre Arbeitsstelle haben und erheblich unter der entwerteten französischen Valuta, unter Grenzkontrollen und unter der Inflation leiden. Mehrere Abgeordnete brachten schwere Klagen vor, über den schleppenden Gang der Entschädigungsverfahren, worauf Min. Dr. Müller darauf hinwies, daß die Zahl der Entschädigungsverfahren über 700 000 betrage. Ein Gesetzentwurf betreffend Revision des Okkupationsleistungsgesetzes werde Anfang Januar der beteiligten Ressorts zur Stellungnahme gegeben. Die Mitteilungen des Regierungsvertreters über schwere Beunruhigung in manchen rheinischen Städten über die bel-

Der Reichstag bis 12. Januar vertagt.

Deutscher Reichstag.

vda. Berlin, den 17. Dezember 1925.

Am Regierungstische: Ernährungsminister Graf Kanitz. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Der Reichstag ist heute in die Weihnachtsferien gegangen, die bis zum Dienstag, den 12. Januar nächsten Jahres dauern sollen. Die Vertagung machte sich schon bei Beginn der heutigen Sitzung darin bemerkbar, daß bei einer Abstimmung die Beschlussfähigkeit des Hauses fehlgeschlagen und formell eine neue Sitzung einberufen werden mußte, die fünf Minuten später begann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Gesetz über die Ausfuhr von Kunstwerken.

Im Interesse der Erhaltung des nationalen Kunstbesitzes ist durch besondere Verordnung die Genehmigung zur Ausfuhr deutschen Kunstbesitzes von der Zustimmung eines Sachverständigenausschusses abhängig. Diese Verordnung, die am 31. Dezember dieses Jahres abläuft, soll nach der Vorlage bis zum 31. Dezember 1927 verlängert werden.

Abg. Dr. Bergsträßer (Dem.) nimmt dem Gesetzentwurf zu und fordert insbesondere den Schutz der Archivalien.

Abg. Dr. Schreiber (Zent.) wandte sich gegen die Abwanderung des deutschen Kunstbesitzes ins Ausland. Gerade jetzt mit der Stabilisierung der Währung sei die Gefahr einer Emigration des Kunstbesitzes größer. Gegenüber dem Amerikanerum sei gerade dieser letzte Kulturbesitz des Volkes ein besonderes Wahrzeichen. Gleichzeitig lenkte der Redner die Aufmerksamkeit auf die baulichen Verhältnisse des Rainzger Hauses, die als sehr besorgniserregend zu bezeichnen seien. Eine gleiche Entwicklung könnte aber allerdings beim Kölner Dom an. Es sei Pflicht der Reichsregierung, diese Symbole edelster deutscher Kultur als Nationalmonument zu erhalten. Gerade wegen der neuartigen gemauerten Bezeichnungen zum Fischen sprächen diese Kulturdenkmäler eine wichtige Sprache der Verböhnung und edelster Menschlichkeit.

Ein Regierungsvertreter entgegnete, daß das Reichsministerium des Innern volles Interesse für diese Fragen habe. Die Vorlage wird darauf in allen drei Lesungen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Gesetzentwurf betr. Teilung der Landesversicherungsanstalt Schlesien und Errichtung einer Versicherungsanstalt für die Provinz Oberschlesien.

Der soziale Ausschuß hat die Vorlage abgelehnt.

Abg. Ullrich (Zent.) beantragt Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß, da noch mehr Material zur Beurteilung der wichtigen Frage beibracht werden müsse.

Die Abg. v. Rheinbaben (ZSP) und v. Nischhofen (Zent.) widersprechen der Rückverweisung; die Angelegenheit müsse am 1. Januar entschieden sein.

Für die Rückverweisung stimmen das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Demokraten. Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, muß Ausschluß erfolgen.

Der Hammelsprung ergibt, daß 130 Abgeordnete für die Rückverweisung und 103 dagegen sind. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Die Sitzung muß abgebrochen werden. Eine neue Sitzung findet 5 Minuten später statt.

Die neue Sitzung.

Um 1 Uhr 50 Min. eröffnet Präsident Loebe wiederum die Sitzung und stellt erneut den Antrag Ullrich (Zentrum) auf Rückverweisung der Vorlage über die Teilung der Landesversicherungsanstalt Schlesien zur Abstimmung.

Abg. Stöcker (Wol.) bezweifelt darauf die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Da die Mehrheitsverhältnisse nicht zu übersehen sind, muß die Anwesenheitsziffer durch Kartenabgabe festgestellt werden.

gischerseits erfolgte Reaktion sämtlicher Wohnungen behufs etwaiger Inanspruchnahme neuen Wohnraumes veranlaßten einen Antrag von Dr. Pander (Zent.) gleich nach Eröffnung der Saararbeiterfrage eine Sitzung zur Entgegennahme eines angehenden Berichts der Regierung über den gegenwärtigen Stand der Rückwirkungen zu verlangen. Zu dieser Sitzung soll auch ein Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Rheinlandkommissars hinzugezogen werden.

Die Wirkung der Bankzinsen auf die Wirtschaft.

Berlin. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag über die Wirkung der hohen Bankzinsen auf die Wirtschaft verhandelt.

Min. Dr. Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium gab einen allgemeinen Überblick über die augenblickliche Lage der Wirtschaft, die sich als eine ausgesprochene Abschwächung und Betriebsmittelkrise darstelle. Er wies ferner auf die Ursachen der Unterschiede hin, die in den Kreditbedingungen der Banken gegenüber der Wirtschaft bestehen. Die Frage einer weiteren Erleichterung der Kreditbedingungen müsse erstlich im Auge behalten werden; Aufgabe des Staates aber könne nur sein, Garantien zu bereithalten, die der baldigen Genugung der Wirtschaft entgegenstehen. Entsprechende Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung seien im Gange. Min. Rat Dr. Cunow vom Reichsernährungs-

Es wird die Anwesenheit von 303 Abgeordneten festgestellt; das Haus ist also beschlußfähig.

Darauf wird, entsprechend dem Antrag Ullrich, die Vorlage an den Ausschuß zurückverwiesen.

Darauf wird die dritte Lesung des Reichshaushaltsplans beim Reichsministerium für Ernährung

fortgesetzt.

Abg. Stöcker (Komm.) fordert den Abschlußtag auch für die Landwirtschaft, Fällungs- und Umwandlungsverordnungen auf Grund rückständiger Steuerfällungen und Pachtzinsen sollen bei bäuerlichen Familienbetrieben verboten werden. Der Redner fordert für diese Bauernwirtschaften Kredite zur Beschaffung von Düngemitteln und Saatgut.

Abg. Meyer-Hannover (Wirtsch. Vereinig.) wies dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor, er habe die Bauern dazu verführt, Wechsel zu unterschreiben. Solche kurzfristigen Kredite seien ungesund, ebenso die höherzinslichen Auslandskredite. Die Landwirtschaft brauche langfristige Fällungs- und Saatgutkredite. Der Redner befürchtete Mißstände im Steuerwesen. Ein Landwirt habe nicht weniger als 75 Steuererklärungen im Jahre abzugeben. (Wort 10 Min.)

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Tätigkeit der Reichs-

getreidestelle wird dem Ausschuß überwiesen.

Angenommen wird eine Entschließung aller Parteien, die die Reichsregierung ersucht, die Maßnahmen zur Durchsicht der Exporten und Rückführungsanordnungen zu beschleunigen und unverzüglich die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Soweit erforderlich, sei zu diesem Zweck unverzüglich mit den Ländern in Verbindung zu treten.

Ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der Verzuckerungsfreiheit für Meise bis zum 31. März 1926 wird angenommen, ebenso ein Gesetzentwurf zur Verlängerung d. deutsch-österreichischen Handelsabkommens bis zum 2. April 1926.

Darauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident schloß vor, die nächste Sitzung am 12. Januar abzuhalten.

Abg. Stöcker (Komm.) protestiert gegen die Vertagung. Man wolle den Reichstag wieder aufrichten und Hindenburg und Luther wieder allein die Regierungsbildung überlassen. Im Reichsministerium habe man vor einigen Tagen darüber beraten, wie man im Januar den Belagerungsstand verhängen könne. Dazu müsse Stellung genommen werden, auch zu den Bemerkungen. Deshalb müsse am Freitag noch eine Sitzung stattfinden.

Der kommunistische Antrag wird jedoch abgelehnt. — Das Haus tritt dem Vorschlag des Präsidenten bei, der den Abgeordneten die besten Glückwünsche zu Weihnachten und zu Neujahr anspricht.

Schluß gegen 4 Uhr.

Anträge im Reichstag.

Berlin. Die Reichstagsfraktionen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftsbereinigungen haben einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Frist für völlige Auflösung der privaten Vorläufer und Vorläuferklassen, die bis zum Beginn des Schuljahres 1929/30 aufgehoben werden können, bis zum Beginn des Schuljahres 1925/26 verlängert werden soll.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ersucht in einem Antrag die Reichsregierung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wodurch alle Beamten einschließlich der Reichsbahnbeamten, welche die Ergänzungs- und Verzahnungsprüfung für die nächsthöhere Besoldungsgruppe vor ihrer Ausweisung aus dem befestigten Gebiet mit Erfolg abgelegt hatten, durch die Ausweisung den Kollegen im nichtbefestigten Gebiet gegenüber vor Benachteiligung geschützt werden.

Das Reichsministerium schilderte die Kreditnot der Landwirtschaft die laufende Kredite in Höhe von zwei Milliarden und daneben eine Milliarde Realcredit habe in Anspruch nehmen müssen zu einem Zinssatz, der das Drei- bis Vierfache des Darlehensbetrags betrage, während die Rentabilität gleichzeitig stark gesunken sei. Bei der Landwirtschaft handle es sich darum, daß der durch mangelnde Absatzfinanzierung veranlaßte Stöckung des Abfalls der Ernte abgehoben werde. Die Landwirtschaft brauche langfristige Kredite. Die Forderung, den Vertriebsumfang wegen der Kredit-schwierigkeiten einzuschränken, würde eine Extensivierung und die Verweigerung des Inlandsbedarfs auf Auslandsimporte bedeuten. Deutscher Betrag der vom letzten Kreditnehmer zu entrichtende Zinssatz für Kreditmittel der Rentenbankkreditanstalt 12 Prozent, für die aus der Auslandsanleihe gewährten Hypotheken einschließlich der Tilgung 11 Prozent. Besondere Schwierigkeiten bereite die Aufnahme der Hypotheken, weil infolge der Aufwertungssteigerung ein reines Grundbuch nur sehr schwer und mit großen Kosten zu beschaffen sei.

Der Ausschuß vertagte sich auf Freitag.

Mulden von japanischen Truppen bejagt.

London. (Zurückdruck.) Daily Mail meldet aus Tokio: Japanische Truppen haben gestern die Hauptstadt der Mandchurei, Mukden, trotz entrüsteten Einspruchs des Marischals Tschangscholin bejagt.